

Analyse

Polens Banken bislang relativ stabil

Reinhold Vetter, Warschau

Zusammenfassung

Glaubt man den öffentlichen Äußerungen von Finanzminister Jacek Rostowski (Jan Vincent-Rostowski), dann ist der Bankensektor in Polen bei weitem nicht so stark von der internationalen Finanzmarktkrise betroffen wie in anderen EU-Staaten Ostmittel- und Südosteuropas. Andererseits fordern die Vertreter der großen polnischen Banken massive Hilfen vom Staat. Immerhin sind die Zeiten der zweistelligen Zuwachsraten bei den Gewinnen der Banken erst einmal vorbei. Doch spektakuläre Zusammenbrüche von Institutionen zeichnen sich vorerst nicht ab und sind generell wohl kaum zu erwarten. Aber ihre wichtigste Aufgabe, nämlich die Wirtschaft und die privaten Verbraucher mit Finanzmitteln zu versorgen, erfüllen die Banken gegenwärtig nur sehr unzureichend. Sie halten sich inzwischen bei der Kreditvergabe extrem zurück, nachdem sie ihr Kreditvolumen in der Vergangenheit sehr stark aufgebläht hatten, während parallel dazu die Bedingungen zur internationalen Refinanzierung des Kreditgeschäfts immer schwieriger wurden. Gefahren birgt vor allem die Verschuldung in Fremdwährungskrediten. Doch gemessen an den massiven Hilfsprogrammen im Westen ist die von der Regierung und der Nationalbank dem Bankensektor bislang gewährte Hilfe vergleichweise bescheiden.

Die goldenen Jahre sind vorerst vorbei

Die große Mehrheit der polnischen Geschäftsbanken hat in den letzten Jahren gute bis sehr gute Erträge erzielt. Die Institute erfüllten den Wunsch der privaten Kunden, Unternehmen und öffentlichen Institutionen, möglichst so umfassend mit Bankprodukten wie Giro- und Sparkonten, Kreditkarten, Kontoführung per Internet, Lebensversicherungen, Hypotheken sowie den verschiedenen Instrumenten zur Unternehmensfinanzierung ausgestattet zu werden, wie dies im Westen bereits der Fall ist. Besonders das Volumen der gewährten Privatkredite schwoll stark an. Die Zahl der ausgegebenen Kreditkarten hat sich seit 2005 mehr als verdoppelt und liegt gegenwärtig bei fast 10 Millionen. Da polnische Produkte gerade auf den westlichen Märkten zunehmend konkurrenzfähig wurden, gewann auch die Exportfinanzierung stark an Bedeutung. Ein wichtiges Geschäftsfeld wurde außerdem die begleitende Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die mit EU-Geldern gefördert werden. Die Eigenkapitalrendite der Banken stieg in den Jahren 1994 – 2006 von knapp 3 % auf 22 %.

Doch diese goldenen Jahre sind vorerst vorbei. Erzielte der polnische Bankensektor in den letzten Jahren prozentual zweistellige Zuwachsraten bei den Nettoerträgen, so dürfte der Gewinn in diesem Jahr allenfalls einige Prozente ausmachen. Eine Reihe von Institutionen muss sogar mit herben Verlusten rechnen. Einige Banken wie die ING Bank Śląski, BRE Bank und Kredyt Bank haben schon von Gewinneinbrüchen im vierten Quartal 2008 berichtet, nachdem sie in den Monaten zuvor noch gute Erträge erzielt hatten. Dass der

gesamte Sektor schwierigen Zeiten entgegen geht, zeigt sich schon daran, dass in den Banken an allen Ecken und Ende gespart wird. Man streicht Dividenden für die Anteilseigner und Prämien für die Vorstandsmitglieder, kündet Lohnstopps für die Beschäftigten und Stellenreduzierungen an, verschiebt die Einrichtung neuer Geschäftsstellen und reduziert die Ausstattung der Mitarbeiter mit firmeneigenen PKW und Mobiltelefonen.

Integration in die globale Finanzwelt – landeseigene Merkmale

Die Auswirkungen der globalen Finanzmarktkrise auf Polen lassen sich nur ergründen, wenn man die Integration des einheimischen Bankensektors in die globale Finanzwelt und die Bedeutung der Banken für die gesamte polnische Volkswirtschaft analysiert.

Wie in anderen postkommunistischen Staaten wurde auch in Polen der Bankensektor im Zuge der Transformation nach 1989 einer weitreichenden Deregulierung und Privatisierung unterzogen und damit auch schrittweise für internationale Kapitalbeteiligungen bzw. Übernahmen geöffnet. Nach Angaben des Polnischen Bankenverbands (Związek Banków Polskich) entfallen inzwischen mehr als 70 % der Aktiva des Bankensektors auf internationale Investoren. 40 der insgesamt 51 Geschäftsbanken des Landes sind mehrheitlich in ausländischem Besitz. Dabei dominieren, mit Ausnahme der amerikanischen Citigroup, europäische Bankkonzerne und Finanzgruppen. Diese Integration hat wesentlich dazu beigetragen, dass die meisten polnischen Banken heute eine Professionalität aufweisen,

die weitgehend westlichen Standards entspricht. Mehr oder weniger bewegen sich Qualität und Vielfalt der von den Banken angebotenen Produkte und Dienstleistungen auf internationalem Niveau.

Die Unterschiede zum Westen zeigen sich dann, wenn man den Stellenwert des Bankensektors für die gesamte Volkswirtschaft untersucht. Ein wichtiger Indikator in diesem Zusammenhang ist der so genannte Intermediationsgrad, also das Verhältnis der Bilanzsumme aller Banken zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Während diese Kennzahl in entwickelten Volkswirtschaften wie Deutschland 300 und mehr Prozent erreicht, liegt er in Polen noch bei gut 70 %. Weit aus besser stellt sich die Lage dar, wenn es um die Versorgung der Bürger mit Bankdienstleistungen und die Kundennähe der Banken geht. Beides wird beispielsweise durch die Dichte der Geschäftsstellen der Banken gemessen. Während im Jahr 2007 in Deutschland durchschnittlich 25 Geschäftstellen auf 1 Million Einwohner entfielen, waren es in Polen immerhin 18. Ein dritter Indikator ist das Verhältnis der Kreditsumme zum Bruttoinlandsprodukt. Lag der Anteil der Kredite an Privatkunden und Unternehmen im Verhältnis zum BIP im Jahr 2006 in Deutschland bei über 100 %, so betrug er in Polen 33 %. Anhand dieser Zahlen erklärt sich der gewaltige Nachholbedarf an Krediten in Polen in den letzten Jahren.

Trotz des hohen Anteils ausländischer Kapitalgeber an den polnischen Bankaktiva hat diese Abhängigkeit bislang noch keine direkten Folgen etwa in Form von Insolvenzen oder Verkäufen gehabt. Immerhin spricht man in polnischen Bankkreisen von einem möglichen Verkauf des Mehrheitsanteils der deutschen Commerzbank an der BRE Bank, nachdem das deutsche Institut in Schwierigkeiten geraten ist. Auch der Allied Irish Bank wurde wiederholt nachgesagt, sie wolle ihren 70prozentigen Anteil an der Bank Zachodni WBK verkaufen. Diskutiert wird außerdem über die Bank Pekao, nachdem die italienische UniCredit Group als deren Muttergesellschaft staatliche Hilfe beantragt hat. Es war sicher kein Zufall, dass sich Ministerpräsident Donald Tusk während des Weltwirtschaftsforums in Davos auch mit Alessandro Profumo, dem Präsidenten der UniCredit Group, getroffen hat. Schließlich waren es auch die drastischen Veränderungen bei der amerikanischen Citigroup, die das künftige Schicksal ihrer Tochter Citi-Handlowy ungewiss erscheinen ließen.

Auf jeden Fall geht die extreme Vorsicht, die polnische Banken inzwischen bei der Kreditvergabe an den Tag legen, auch auf entsprechende Ermahnungen ihrer Mutterhäuser zurück. Nicht ausgeschlossen ist außer-

dem, dass westliche Anteilseigner wegen ihrer eigenen Schwierigkeiten Kapital von ihren Tochtergesellschaften abgezogen haben.

Hochrisikopapiere?

Anders als die westlichen Institute haben sich polnische Banken bislang kaum am Geschäft mit jenen komplizierten und äußerst riskanten Finanzmarktprodukten beteiligt, die Investmentshäuser und Kreditinstitute in den USA und in Westeuropa in den Abgrund rissen. Nach Angaben von Finanzminister Jacek Rostowski erreichte der Anteil solcher Produkte an den Aktiva der Banken nie mehr als 1 %. Vielmehr haben sich die polnischen Banken bisher fast ausschließlich auf das eingangs beschriebene klassische Bankgeschäft konzentriert. Ein weiterer Grund für diese Zurückhaltung dürfte darin liegen, dass die ausländischen Konzernzentralen ihre Tochterbanken kaum an diesem, zeitweise ja lukrativen Geschäft beteiligt haben.

Doch Vorsicht ist angesagt. Ryszard Petru von der Warschauer Wirtschaftshochschule Szkoła Główna Handlowa (SGH) und andere Finanzmarktspezialisten haben darauf hingewiesen, dass wohl erst nach und nach das wirkliche Ausmaß der Beteiligung polnischer Banken an hochriskanten Finanzmarktgeschäften bekannt werden dürfte. Immerhin wurde bereits durch Recherchen von Journalisten bekannt, dass die Warschauer Bank Citi-Handlowy, eine Tochter der amerikanischen Citigroup, mehr als 200 Zertifikate der zusammengebrochenen US-Investmentbank Lehman Brothers verkauft hatte. Der Leiter der polnischen Finanzaufsicht (Komisja Nadzoru Finansowego) hat daraufhin eine Untersuchung gegen die Citi-Handlowy eingeleitet.

»Banken in einer schwierigen Phase«

Diese Bewertung war in den letzten Wochen regelmäßiger Bestandteil vieler Interviews und Kommentare in den polnischen Zeitungen. Der Schlüssel zum Verständnis dieser Einschätzung liegt im Charakter der Banken und der Struktur ihrer Bilanzen. Banken sind finanzielle Vermittler des wirtschaftlichen Kreislaufs, die vor allem Geld verleihen – an große und kleine Unternehmen, an Bauherren und Privatkunden. Zusammen mit Wertpapieren bilden Kredite die Aktiva jeder Bankenbilanz. Finanziert werden diese Aktiva sowohl mit Geld, das der jeweiligen Bank gehört, dem Eigenkapital, als auch dem Geld, das andere Banken für sie bereitstellen, dem Fremdkapital. Oft kommt es vor, dass das Fremdkapital das Eigenkapital um ein Vielfaches überschreitet.

Renommierte polnische Ökonomen wie der frühere Finanzminister Miroslaw Gronicki haben zu Recht

darauf hingewiesen, dass das gegenwärtige Problem der Banken hauptsächlich in der Struktur ihrer Bilanzen liegt. Denn seit dem letzten Jahr haben sie den Kreditboom nicht nur mit den Einlagen und ihrem Eigenkapital, sondern zunehmend mit Anleihen bei ausländischen Instituten finanziert. Der Anteil dieser Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland in den Bankbilanzen ist von durchschnittlich 8 % im Jahr 2005 auf 18 % im November 2008 gestiegen. Doch diese internationale Refinanzierungsbasis der polnischen Banken ist im Zuge der globalen Finanzmarktkrise fast zusammengebrochen. Das weltweit grassierende Misstrauen macht es den polnischen Banken zurzeit fast unmöglich, Geld im Ausland aufzunehmen. Selbst die ausländischen Mutterhäuser polnischer Banken haben den Geldhahn zugedreht oder sogar Mittel von ihren Töchtern abgezogen. Auch der einheimische Interbankenmarkt, der den Instituten ebenfalls zur Refinanzierung dient, funktioniert zurzeit mehr schlecht als recht. Das ist der wesentliche Grund, warum die polnischen Banken seit dem Spätherbst letzten Jahres die Kreditvergabe drastisch eingeschränkt haben, wie eine Umfrage der Polnischen Nationalbank unter 30 Instituten des Landes zeigt.

Andererseits sitzen sie auf dem Berg der von ihnen zuvor ausgegebenen Kredite, die sich im Laufe dieses Jahres zunehmend als riskant erweisen könnten, weil Unternehmen und Privatkunden wegen der Wirtschaftskrise, besonders der Probleme in wichtigen Exportbranchen, sowie wegen der wieder ansteigenden Arbeitslosigkeit Schwierigkeiten bei der Rückzahlung ihrer Verbindlichkeiten haben. Das gilt nicht zuletzt für die Kredite in Fremdwährungen, die in Polen etwa 30 % des gesamten Kreditaufkommens ausmachen. In den baltischen Staaten sowie in Ungarn, Rumänien und Bulgarien liegt dieser Anteil bei 60 bis 80 %, weshalb diese Länder besonders von einem finanziellen Zusammenbruch bedroht sind.

Außerdem sind viele Unternehmen von sich aus dazu übergegangen, vorerst keine Kredite mehr aufzunehmen. Sachkundige Beobachter verweisen auch auf die Gefahren, die in der grassierenden Kreditkartenverschuldung vieler polnischer Verbraucher liegen. Die Banken leiden außerdem unter dem Wertverlust der von ihnen gehaltenen Aktien und anderer Wertpapiere, der beileibe nicht nur die Hochrisikopapiere erfasst hat. Verluste ergeben sich auch durch die beträchtliche Schwächung des Złoty gegenüber dem Euro. Generell gesehen haben die Verluste polnischer Banken bislang aber nicht jenes Ausmaß erreicht, das für viele Institute im Westen kennzeichnend ist.

Die drastische Einschränkung der Kreditvergabe ging einher mit einer spürbaren Verschärfung der Kreditbedingungen. Die Umfrage der Polnischen Nationalbank zeigt, dass 80 % der Banken des Landes bei der Gewährung von Krediten an Unternehmen inzwischen mehr Sicherheiten als im letzten Jahr verlangen und auch die Zinsen erhöht haben. Für dieses Geschäftsfeld erwarten die Institute im weiteren Verlauf des Jahres 2009 einerseits einen leichten Anstieg der Nachfrage nach kurzfristigen Krediten und andererseits einen weiteren Rückgang bei den längerfristigen Krediten. Sogar 86 % der befragten Banken haben die Bedingungen für Wohnungsbaukredite verschärft und wollen in Zukunft sogar noch restriktiver vorgehen. Fast völlig eingestellt wurde die Vergabe solcher Kredite in Fremdwährungen. Die Institute gehen davon aus, dass die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten weiter nachlassen wird. Hinsichtlich der Verbraucherkredite haben 75 % der Banken härtere Bedingungen formuliert und wollen diese in naher Zukunft sogar noch weiter verschärfen. Andererseits erwarten die Institute, dass die Nachfrage nach solchen Krediten nur in geringem Maße zurückgehen wird.

Auch in Polen leidet die Realwirtschaft unter der Finanzmarktkrise

Aber die globale Finanzmarktkrise hat nicht nur negative Auswirkungen auf die polnischen Banken. Ähnlich wie im Westen beeinflusst sie auch die so genannte Realwirtschaft des Landes, also das wirtschaftliche Wachstum, die Entwicklung einzelner Branchen, den Außenhandel, den Arbeitsmarkt, den Kurs der Währung und die Staatsverschuldung. Geraten wichtige Außenhandelspartner Polens wie etwa Deutschland in eine Rezession, dann dämpft das die Nachfrage nach polnischen Exportgütern und wirkt somit wachstumshemmend. Aufgrund der Rezession im Westen fließen auch weniger ausländische Direktinvestitionen nach Polen, die ebenfalls ein wichtiger Wachstumsfaktor sind. Wachstumshemmend wirkt außerdem die geringe Bereitschaft der polnischen Banken, Kredite für unternehmerische Investitionen zu geben.

Fasst man die wichtigsten in- und ausländischen Prognosen für Polen zusammen, dann wird das reale Bruttoinlandsprodukt nach einem Zuwachs im letzten Jahr um 5 % im laufenden Jahr allenfalls um 1 % zunehmen. Noch Mitte Januar hatte die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk illusionäre 3,5 % prognostiziert. Zum ersten Mal seit acht Jahren sinkt der Export. Die Arbeitslosenquote wird von 9,5 Ende letzten Jahres auf mindestens 12,5 % im Dezember 2009

ansteigen. Andererseits könnte die Inflation im Jahresvergleich von gut 4 % auf knapp 3 % zurückgehen. Der Zloty hat seit Jahresbeginn gegenüber dem Euro mehr als 5 % seines Werts verloren und wird weiter nachlassen. Schwierig sind Prognosen für das Defizit im Staatshaushalt und die allgemeine Staatsverschuldung. Bislang liegen die beiden Kennzahlen unter den Maastricht-grenzwerten von 3 bzw. 60 % des BIP. Auf jeden Fall fließen durch das nachlassende Wachstum auch weniger Steuergelder in die Staatskasse.

Mit allen diesen Werten steht Polen im Vergleich zum Durchschnitt in der gesamten Europäischen Union der 27 Mitgliedsländer und auch zur Situation in anderen jungen EU-Staaten Ostmittel- und Südosteuropas noch gut da. So prognostizierte die EU-Kommission in ihrer Analyse vom Januar 2009 für das laufende Jahr ein durchschnittliches Absinken des realen BIP in der Gemeinschaft um 1,8 % nach einem Zuwachs von 1,0 % im Jahr 2008. Besonders betroffen unter den jungen EU-Staaten sind Estland mit einem prognostizierten Minus von 15,0 %, Litauen mit minus 9,4 % und Slowenien mit minus 6,2 %. Für Lettland, das wohl den größten Rückschlag erwartet, wurde erst gar keine Prognose abgegeben. Vor allem aber zeigt sich Polen in vergleichsweise guter Verfassung, wenn man die katastrophalen Wachstumsprognosen für einige westliche EU-Staaten mit Minuswerten bis 20 % in Rechnung stellt.

Die unterschiedlichen Prognosen für die jungen EU-Mitglieder Ostmittel- und Südosteuropas ergeben sich aus dem jeweiligen Grad der Exportabhängigkeit ihrer Volkswirtschaften, den unterschiedlichen Defiziten in den Staatsbudgets und Leistungsbilanzen sowie aus der unterschiedlichen Bedeutung des kreditfinanzierten Privatkonsums für ihr bisheriges Wirtschaftswachstum.

Untersucht man die einzelnen Branchen in Polen, dann dürften insbesondere die Automobilindustrie, das Hüttenwesen, die Chemieindustrie und die Energiewirtschaft das Nachlassen des wirtschaftlichen Wachstums zu spüren bekommen. Gerade in diesen Branchen deutet vieles auf Entlassungen hin. Polens ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident, Finanzminister und Nationalbankpräsident Leszek Balcerowicz betonte nicht zu Unrecht, dass die polnische Volkswirtschaft gegenwärtig ihre schwierigste Phase seit der Systemtransformation vor 20 Jahren durchlauft.

Wie können Zentralbank und Regierung helfen?

So konnte nicht ausbleiben, dass der Ruf nach staatlicher Hilfe von Mal zu Mal lauter wurde. An der Diskussion über die Art und Weise staatlicher Unterstüt-

zung beteiligten sich sowohl Vertreter der Banken und der Unternehmerverbände als auch Repräsentanten der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski) und namhafte Ökonomen des Landes. In der Regel resultierten die Vorschläge aus dem Wissen um die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge und waren nicht nur direkt auf die Bedürfnisse der Banken gemünzt. Im Zentrum stand vor allem das Interesse, durch Wiederherstellung der Kreditfähigkeit der Banken die Investitionstätigkeit in der Wirtschaft anzukurbeln und so längerfristig das wirtschaftliche Wachstum abzusichern. Zum Teil richteten sich die Forderungen nicht nur an den polnischen Staat, sondern auch an internationale Finanzinstitutionen wie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Europäische Investitionsbank, die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds. Vorgeschlagen wurde außerdem, inländische Ersparnisse wie etwa das Kapital der Rentenfonds stärker zu nutzen.

Die Präsidenten großer Banken wie der ehemalige Ministerpräsident Jan Krzysztof Bielecki von der Pekao und Jerzy Pruski von der PKO BP bemühten sich um eine Stärkung der Liquidität der Institute durch

- Senkung der Pflichtreserven der Banken bei der Polnischen Nationalbank von gegenwärtig 3,5 % auf 2 %,
- Gewährung staatlicher Bürgschaften besonders für Kredite an Unternehmen,
- vorzeitigen Rückkauf staatlicher Obligationen, die von den Banken erworben worden waren, durch die Nationalbank.

Darüber hinaus plädierten Ökonomen wie Janusz Jankowiak, Chefvolkswirt des Polnischen Business-Rates (Polska Rada Biznesu) insbesondere für

- das Auflegen staatlicher Investitionsprogramme etwa beim Bau und der Renovierung von Wohnungen,
- direkte Unterstützung der angeschlagenen Automobilindustrie,
- Absprachen mit den Gewerkschaften zur Liberalisierung des Arbeitsmarktes,
- zusätzliche steuerliche Vergünstigungen für unternehmerische Investitionen.

Angesichts der von allen Seiten bestätigten relativen Stabilität des polnischen Bankensektors wurden bislang keinerlei Forderungen nach Verstaatlichung oder Teilverstaatlichung einzelner Institute erhoben.

Nicht selten mussten sich die Banken aber auch Ermahnungen seitens der Medien, der Politiker, der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften anhören. So wurden sie aufgefordert, staatliche Finanzspritzen nicht als Eigenkapital zu horten, sondern direkt als

Kredite an die Unternehmen weiterzugeben. Wiederholt tauchte die Frage auf, ob die Banken nicht selbst durch das starke Entfachen des Kreditbooms und den leichtfertigen Glauben an die immerwährende Refinanzierungsbasis im Ausland erheblich zu ihren Schwierigkeiten beigetragen hätten. Schließlich, so hieß es, sei der allseits zu beobachtende leichtfertige Umgang vieler Bankkunden mit ihren Kreditkarten ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Kundenberatung vieler Banken dringend verbessert werden müsse.

Dosiertes Antikrisenprogramm

Eine ganze Reihe dieser Vorschläge und Anregungen wurde dann von der Polnischen Nationalbank und der Regierung aufgegriffen. So senkte die Nationalbank Ende Januar die Leitzinsen um 75 Basispunkte auf 4,25 %, um Kredite zu verbilligen und damit dem Nachlassen der Konjunktur entgegenzuwirken. Bereits am 23. Dezember letzten Jahres hatte sie die Leitzinsen ebenfalls um 75 Basispunkte verringert. Außerdem kaufte sie zehnjährige Staatsanleihen im Wert von 8,2 Milliarden Zloty vorzeitig von den Banken zurück, um sie auch dadurch mit frischem Kapital für die Kreditvergabe zu versorgen. Allerdings pumpten die Banken anschließend dieses Geld nicht in das Kreditgeschäft, sondern erwarben damit aus rein kurzfristigen Profitinteressen insbesondere staatliche Obligationen mit kürzerer Laufzeit, was eindeutig den Intentionen der Nationalbank und auch den öffentlich gemachten Anregungen im Sinne der Gesamtwirtschaft widersprach.

Wiederholt schlug der Präsident der Nationalbank, Sławomir Skrzypek, eine Senkung der Pflichtreserven der Banken vor, was aber vom zuständigen Geldpolitischen Rat des Instituts (Rada Polityki Pieniężnej) nicht aufgegriffen wurde. Die Bankaufsicht der Nationalbank (Generalny Inspektorat Nadzoru Bankowego) begann damit, Vorschläge für eine strengere Regulierung und Kontrolle des Bankensektors zu prüfen.

Die Regierung wiederum verabschiedete am 27. Januar ein Antikrisenprogramm, dessen Umrisse schon seit Anfang Dezember 2008 vorgelegen hatten. Das Programm umfasst hauptsächlich Kredithilfen und Steuererleichterungen für kleine und mittelständische Unternehmen sowie eine weitere Liberalisierung des Arbeitsmarktes. So ist vorgesehen, die Energiesteuer für produzierende Betriebe zu reduzieren, Abschreibungen bei Investitionen zu erleichtern und auch die Importzölle zu senken. Eine Änderung des Arbeitsrechts soll Kurzarbeit erleichtern. Durch eine höhere finanzielle Ausstattung der staatseigenen Bank für Binnenwirtschaft (Bank Gospodarstwa Krajowego) will man die Vergabe

von Krediten an Unternehmen verstärken. Beslossen wurde schließlich ein bescheunigtes Verfahren zur Bereitstellung von EU-Fördermitteln.

Parallel dazu wurden nach zum Teil heftigen Auseinandersetzungen, insbesondere zwischen Ministerpräsident Donald Tusk und Verteidigungsminister Bogdan Klich, die Ministerien, Woiwodschaftsverwaltungen und einzelne obere staatliche Institutionen verpflichtet, in ihren Budgets insgesamt knapp 20 Milliarden Zloty einzusparen, um so die Steuermindereinnahmen auszugleichen, die wegen des sinkenden Wirtschaftswachstums zu erwarten sind. Besonders betroffen von den Einsparungen sind die Ministerien für Verteidigung, Inneres, Justiz, Bildung und Finanzen sowie die staatliche Versicherungsanstalt (Zakład Ubezpieczeń Społecznych). So wurden beim Verteidigungsministerium die Gelder für Auslandseinsätze des polnischen Militärs gekürzt. Der Plan des Bildungsministeriums, Schulanfänger früher einzuschulen, wurde verschoben. Ministerpräsident Donald Tusk versicherte andererseits, die Sparmaßnahmen sollten auf keinen Fall soziale Folgen wie etwa eine Stagnation der Renten beinhalten. Wichtige Reformprojekte wie etwa der Autobahnbau, so Tusk, sollten durch eine effektivere Nutzung von EU-Geldern auch weiterhin vorangetrieben werden. Der Ministerpräsident kündigte für Mitte 2009 eine Novelierung des Staatshaushalts für das laufende Jahr an.

Schon in den Wochen vor der Verabschiedung des Antikrisenprogramms hatte die Regierung Garantien für Kredite privater Geschäftsbanken an Unternehmen sowie für Refinanzierungskredite auf dem einheimischen Interbankenmarkt beschlossen. Ähnlich wie in anderen EU-Staaten gab die Regierung eine allgemeine Garantie für Bankeinlagen von Privatkunden bis zu einer Höhe von 50 000 Euro ab.

Das Regierungsprogramm wurde von den Unternehmerverbänden, wirtschaftswissenschaftlichen Instituten und den Parteien der Regierungskoalition *Bürgerplattform* und *Polnische Bauernpartei* (*Platforma Obywatelska – PO* und *Polskie Stowarzyszenie Ludowe – PSL*) weitgehend begrüßt, verschiedentlich aber auch mit der Anmerkung versehen, dass es möglicherweise nicht ausreichen werde, sollte sich die Krise weiter vertiefen. Kritik kam vor allem von der nationalkonservativen Oppositionspartei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*), den verschiedenen Linksparteien und den Gewerkschaften. Insbesondere *PiS* forderte höhere Staatsausgaben für Infrastrukturinvestitionen und zusätzliche Sozialprogramme, für die, wie es hieß, auch eine höhere Neuverschuldung des Staats in Kauf genommen werden könne.

Die Debatte über das Regierungsprogramm beinhaltete auch erste Überlegungen zu möglichen politischen Implikationen der Krise. So wiesen Soziologen wie Ireneusz Krzemiński darauf hin, dass die Umfragewerte für PiS im Laufe des Jahres wieder besser werden könnten, was aber noch nicht bedeutet, dass die Partei schon bald wieder über das Potenzial für eine erneute Machtübernahme verfügen werde. Tatsächlich führt die PO von Donald Tusk auch weiterhin mit großem Abstand vor PiS.

Übernahme des Euro im Jahr 2012?

Trotz möglicher Schwierigkeiten mit dem entsprechenden Maastricht-Kriterium, das eine Obergrenze der jährlichen staatlichen Neuverschuldung von 3 % des BIP vorsieht, war die polnische Regierung Ende Oktober 2008 mit einer bemerkenswerten Initiative an die Öffentlichkeit getreten. Das Kabinett beschloss einen Fahrplan zur Übernahme des Euro am 1. Januar 2012 und bekannte sich damit eindeutig zur Eurozone als Region relativer Währungsstabilität. Insbesondere Finanzminister Jacek Rostwoski verband dies mit der Bemerkung, leider sei Polen aufgrund der Versäumnisse der früheren Regierung von Ministerpräsident Jarosław Kaczyński nicht dem Beispiel der Slowakei gefolgt, die aufgrund ihres Beitritts zur Eurozone am 1. Januar 2009 besser auf die globale Finanzmarktkrise vorbereitet gewesen sei. Der Beschluss des Kabinetts beinhaltete einen detaillierten Fahrplan, der insbesondere vorsieht:

- Erstes Quartal 2009: Vorbereitungen für die notwendige Änderung der polnischen Verfassung,
- Jahresmitte 2009: Eintritt Polens in die Vorbereitungsphase »Wechselkursmechanismus II« (WKM II) und Festlegung des fixen Kurses des Zloty zum Euro,
- Zweite Jahreshälfte 2009: Beschluss der notwendigen Rahmengesetze,
- Mai 2011: Konvergenzbericht der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank,
- 1. Januar 2012: Beitritt, Eurobanknoten und -münzen im Umlauf.

Gerade wegen der globalen Finanzmarktkrise hält die Regierung im Prinzip an diesem Fahrplan fest – sieht man von einigen Nuancen ab. So kündigte der stellvertretende Finanzminister Ludwik Kotecki in der letzten Februarwoche an, man werde schon bald Verhandlungen mit den Instanzen der EU aufnehmen. Bei einem Erfolg dieser Gespräche, so Kotecki, könne Polen schon Ende Mai oder Anfang Juni in die Vorbereitungsphase WKM II eintreten.

Die Regierung drückt aufs Tempo, weil sie den Zloty aus den aktuellen Turbulenzen herausführen will. Immerhin hat die polnische Währung seit Sommer 2008 gegenüber dem Euro etwa 30 % ihres Werts verloren. Erst das erneute Bekenntnis zur Übernahme des Euro konnte den Fall bremsen. Zur Erholung trug auch bei, dass die Polnische Nationalbank einige Milliarden Euro in den polnischen Devisenmarkt pumpte.

Die Regierung begründet ihr Festhalten am Euro-Fahrplan mit dem Argument, der Eintritt in die Vorbereitungsphase mindere das Risiko von Währungsschwankungen und bremse die Verteuerung des polnischen Schuldendienstes gegenüber dem Ausland. Außerdem, so heißt es, werde die spätere Übernahme des Euro das wirtschaftliche Wachstum fördern und die Transaktionskosten in der Außenwirtschaft senken.

Diese Argumente werden auch von Staatspräsident Lech Kaczyński und dem Präsidenten der Polnischen Nationalbank, Sławomir Skrzypek, geteilt. Trotzdem plädierte Kaczyński in einer Rede in Breslau am 24. Februar für eine Verschiebung des Beitritts zur Eurozone auf 2015/16, weil er fürchtet, Polen werde einen Großteil seiner Devisenreserven aufbrauchen, um den Zloty während der Vorbereitungsphase WKM II so eng wie möglich an dem fixierten Kurs zu halten. Außerdem, so der Präsident, werde die Regierung dann kaum noch Spielraum für Antikrisenpolitik etwa durch Erhöhung der Ausgaben für Investitionen haben.

Exakt die gleichen Argumente benutzte sein Bruder Jarosław Kaczyński, Vorsitzender der PiS, in einem Fernsehinterview. Die Polnische Nationalbank wiederum wies in einer längeren Analyse zum Thema Euro darauf hin, dass das sinkende wirtschaftliche Wachstum auch die Steuereinnahmen des Staates mindere. Das aber, so hieß es, berge das Risiko in sich, dass die staatliche Neuverschuldung die für die Übernahme des Euro geltende Maastricht-Grenze von 3 % des BIP überschreite.

Fazit

In dem schwierigen Umfeld der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise haben sich die polnischen Banken bislang relativ gut behaupten können. Allerdings ist es für eine abschließende Bewertung noch viel zu früh. Doch schon jetzt lässt sich sagen, dass der Bankensektor zwei Jahrzehnte nach Beginn der Transformation zu den am besten entwickelten Elementen der polnischen Volkswirtschaft gehört. Auch wenn die Banken des Landes nur relativ gering in das Geschäft mit Hochrisikopapieren verwickelt waren, sollten gerade auch sie die entsprechenden Exzesse im Westen als Warnung auf-

fassen, nicht in die »Wall-Street-Mentalität« zu verfallen, die nicht zuletzt deutsche Bankvorstände erfasst hatte. Außerdem täten sie gut daran, die vom Staat angebotenen und zum Teil schon realisierten Hilfspakete nicht nur als Quelle kurzfristiger Profitmaximierung anzusehen, sondern auch als Chance zu begreifen,

wieder stärker ihre Finanzierungsfunktion zu erfüllen und damit einen Beitrag zur Stabilisierung und weiteren Modernisierung der Wirtschaft zu leisten. Das läge in ihrem eigenen Interesse, bietet der polnische Finanzmarkt doch noch große Chancen für die Entwicklung des Bankengeschäfts.

Über den Autor

Reinhold Vetter, Ingenieur und Politologe, arbeitet in Warschau als Korrespondent des *Handelsblatt* für Ostmittel- und Südosteuropa. Bis 1994 war er Polen-Korrespondent des ARD-Hörfunks. Seine Beiträge erscheinen auch in *Neue Zürcher Zeitung*, *Osteuropa*, *Südosteuropa* und *Internationale Politik*.

Dokumentation

Rede des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk im Sejm zur Finanzmarktkrise

36. Sitzung des Sejm am 19. Februar 2009

Regierungsinformation über die Pläne und Vorgehensweisen der Regierung zur Absicherung der nationalen Wirtschaft und der polnischen Bürger vor den Folgen der auf dem globalen Finanzmarkt wachsenden Krise

Der Vorsitzende des Ministerrats, Donald Tusk

[...]

Ich spreche darüber auch nicht, um mit dem Finger auf diejenigen zu zeigen, derentwegen Polen nicht in der Eurozone ist, denn das wäre sehr einfach. Ich möchte Sie davon überzeugen, dass Sie, indem Sie das Problem erfassen, der polnischen Regierung in der Schlacht um den Anschluss Polens an dieses Projekt helfen. Das sind einfache Entscheidungen. Es scheint, als seien sie einfach, aber irgendwie erhalte ich für die Entscheidungen nicht die Akzeptanz mancher Oppositionsführer. Erstens müsst Ihr verstehen, dass es nicht der Fall ist, dass die Eurozone von der Anwesenheit Polens träumt und wir in einem nationalen Höhenflug sagen können: Jetzt nicht, aber in 10 oder 15 Jahren... Es ist genau umgekehrt. Das europäische Schiff schaukelt auf den Wellen, aber sie werden die Schwächeren loswerden wollen. Wenn wir über Bord gehen, werden manche vielleicht zufrieden sein, dass wir weiterhin den Zloty haben und dass sich allein schon der Traum vom Beitritt zur Eurozone auf lange Sicht verschoben hat. Allerdings werden das dann armselige und dramatische Bedingungen sein. Denn wenn auf den Finanzmärkten außer amerikanischen Wertpapieren auch europäische Papiere gehandelt werden, glaubt Ihr wirklich, dass wir dann auch unsere nationalen Wertpapiere dort unterbringen werden?

[...]

Ich wende mich an Euch mit der Bitte um absolute und verantwortungsvolle Hilfe. Wer nicht helfen will, weil er entweder nicht dazu in der Lage ist oder es aus irgendwelchen Gründen der Regierung schwer machen will – das verstehe ich, das gibt es, aber der soll auch nicht stören. Ich gebe Ihnen ein beliebiges Beispiel. Alle Polen sind wegen der überspannten Dynamik des Zlotykurses beunruhigt, erwarten verschiedene Aktionen [...]. Jeden Tag höre ich Dutzende unterschiedlicher Ratschläge von Politikern und Experten. Wenn man sie alle zusammennimmt, das können Sie sich denken, dann sind das alle möglichen einander widersprechenden Ratschläge. Dafür gibt es eine Regierung, dafür gibt es eine politische Führung, um eine Entscheidung zu treffen, so Gott will die richtige. Das Problem besteht darin, dass, wenn die polnische Regierung eine bestimmte Entscheidung trifft, deren Ziel die Stabilisierung des Zloty ist, noch bevor die Ergebnisse dieser Entscheidung sichtbar werden der Berater von Staatspräsident Lech Kaczyński